

Unser wichtigster Rohstoff ist die Bildung!

Wir sind auf dem Weg in die Wissensgesellschaft. Die Betriebe benötigen gut ausgebildetes Personal um in Zukunft gegen die internationale Konkurrenz bestehen zu können.

Aber die Vergütung für Lehrlinge ist so hoch, dass sich die Ausbildung für viele Betriebe nicht rechnet. Es ist nicht vernünftig, dass Auszubildende soviel Geld bekommen, dass sie davon leben können. Die meisten Eltern sind gern bereit, etwas in ihre Kinder zu investieren. Härtefälle können durch Kredite aufgefangen werden.



„Unsere Gesellschaft hat sich dazu entschlossen, dass Auszubildende soviel Geld bekommen sollen, dass sie davon leben können. Das kann nicht vernünftig sein. Wer in der Ausbildung ist, der muss für diese Zeit entweder etwas dafür zahlen oder wenigstens damit zufrieden sein, gar nichts zu bekommen. Die Auszubildenden können ja zwischendurch ein Jahr Pause einlegen, um Geld zu verdienen.“ sagt der Experte Professor Dr. Johann Eekhoff vom Wirtschaftspolitischen Seminar der Universität Köln.

(Originalzitat vom 2. November 2004).

Wir müssen das Thema Reformen endlich ernst nehmen!

Kritiker behaupten, die Reformen belasteten einseitig die Schwächeren, ließen die Unternehmer aber ungeschoren. Aber unnötigen Sozialballast können wir uns wegen des verschärften internationalen Wettbewerbs einfach nicht mehr leisten. Jetzt die Unternehmen noch weiter zu belasten, wäre falsch, denn die sollen doch den ersehnten Aufschwung bringen.

Reformen betreffen uns alle. Anspruchshaltung und Staatsgläubigkeit können wir uns nicht länger leisten. *Noch üben sich zu viele Bürger in einer unsachlichen Blockadehaltung. Gegen ihr sachwidriges Erpressungspotential muss das Wahlrecht eingeschränkt werden, damit sie nicht länger den Aufschwung abwürgen können!*

Vorsicht Satire! Können Sie auf diesen Text auch nur mit Kopfschütteln reagieren? Haben Sie wenigstens beim Lesen öfter gestutzt?

Alle normal gedruckten Stellen sind der blanke Ernst der Unternehmer sowie ihrer „Experten“ und Politiker. Sie können z.B. auf der Internet-Seite <http://www.chancenfueralle.de> nachgelesen werden. Alle kursiv gedruckten Stellen stammen aus unserer Feder. Sie stellen nur leichte satirische Übertreibungen bzw. logische Konsequenzen der Unternehmerforderungen dar und sind vielleicht schon morgen auf den Forderungskatalogen unserer „Eliten“ wiederzufinden. Wenn dieser Wahnsinn gebremst werden soll, ist es höchste Zeit, etwas dagegen zu unternehmen. Nur mit entschiedenem Widerstand auf der Straße, mit Streiks und anderen Protestformen ist dieser Irrsinn noch zu stoppen!

Kontakt: [genug ist genug, Tel.: 05221 - 389746, email: kontakt@genugistgenug.net, <http://www.genugistgenug.net>, Postfach 4143, 32025 Herford]

Ein Thema, das uns alle betrifft ! Es geht um unsere Zukunft !

Mit der Agenda 2010 wurden wichtige Reformen angestoßen. Aber das kann nur ein Anfang sein. Um unser Land im internationalen Vergleich fit zu machen, brauchen wir viel mehr und viel grundlegendere Reformen.



Interessengemeinschaft Niedriglohn

Die Menschen brauchen klare Perspektiven. Das aufgebaute Vertrauen in die Reformfähigkeit darf jetzt nicht verspielt werden!

- **Die Reformen müssen weiter gehen!**
- **Die Politiker müssen Kurs halten!**
- **Bisher sind wir erst ein Fünftel des Weges gegangen!**

Nichts ist unsozialer als eine hohe Arbeitslosigkeit!

Es geht darum, unsere Betriebe fit zu machen und endlich wieder mehr Dynamik und Wachstum zu bekommen. Dazu muss der Arbeitsmarkt von regulierendem Ballast befreit werden.

Wir brauchen eine neue Kultur der gemeinsamen Anstrengung. Arbeitszeit rauf, und zwar für alle, Kündigungsschutz runter. Für viele Menschen gibt es angesichts unseres hohen Lohnniveaus zu wenig Jobs. Ihnen können wir helfen, indem die Löhne gesenkt werden.

30 Prozent weniger Lohn für jeden wären ein Anfang. Auch Ein-Euro-Jobs sichern den Aufschwung.

Jeder vernünftige Mensch ist bereit, im Tausch für die Sicherheit des Arbeitsplatzes Abstriche beim Lohn hinzunehmen oder länger zu arbeiten. Es gibt immer einige Begünstigte, die um ihre Besitzstände kämpfen – von denen sollen wir uns nicht beirren lassen.

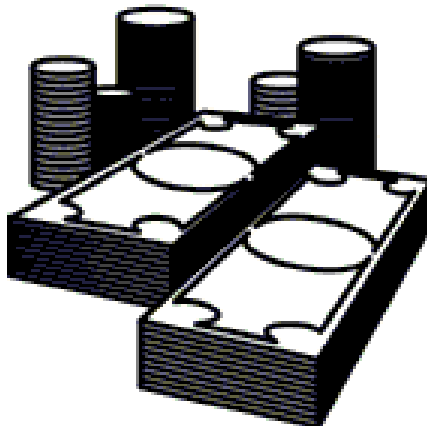
Wir werden in Zukunft weniger verdienen und dafür länger arbeiten. *Mittelfristig ist die 60-Stunden-Woche anzustreben.* Das wird auch so bleiben, wenn die Konjunktur wieder anzieht, denn Investoren schaffen Arbeitsplätze angesichts des internationalen Wettbewerbs streng kostenorientiert.

Die Gewerkschaften können gemeinsam mit den Arbeitgebern ein Fels in der Brandung sein und den verunsicherten Menschen erklären, welche Änderungen nötig sind.

Steuern runter, Standort munter!

Eine radikale Steuerreform ist ein weiterer wichtiger Schritt für eine erfolgreiche Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes. Wir dürfen unsere Spitzenverdiener nicht vergraulen! Anzustreben ist daher ein Spitzensteuersatz von maximal 25 Prozent.

In Mittel- und Osteuropa gibt es sehr niedrige konkurrierende Steuersätze: zum Beispiel 13 Prozent in Russland, 19 Prozent in der Slowakei.



Niedrigere Steuersätze helfen auch, Investoren für unser Land zu gewinnen. Wir brauchen wieder Spitzenleister in der Wirtschaft. Das ist lebensnotwendig für unseren Standort und bringt neue Staatseinnahmen.

Klar ist, dass der Staat den Bürgern in Zukunft nicht mehr alles kostenlos zur Verfügung stellen kann. Straßen kosten Geld! Wegegelder – auch auf Fußwegen – werden bald normal sein. Auch Schulgebühren von ca. 500 Euro pro Schulhalbjahr müssen erhoben werden. Das bringt neue Jobs, stärkt die Eigenverantwortung und ermöglicht wesentliche Verbesserungen.

Runter mit den Lohnnebenkosten!

Jeder Beitragsanstieg verteuert die Lohnnebenkosten. Das kostet Arbeitsplätze. Das wiederum bedeutet weniger Beitragszahler und höhere Beitragssätze. Dieser Teufelskreis aus steigenden Beitragssätzen und steigender Arbeitslosigkeit muss endlich durchbrochen werden! Das kann nur durch entschlossene Reformen gelingen!

Rente

Langfristig kann die gesetzliche Rente den Menschen nur eine Grundsicherung bieten. Experten bezweifeln, dass die beschlossene Senkung des Rentenniveaus ausreicht, um die Rentenausgaben in Schach zu halten. Deshalb sind zusätzliche Leistungskürzungen *von mindestens 30 Prozent* notwendig. *Rentner, die künftig auf jegliche medizinische Versorgungsleistungen verzichten, dürfen mit geringeren Kürzungen rechnen.*

Wer in Zukunft noch genug Geld zum Leben haben will, sollte private Vorsorge betreiben, auch über das vom Staat geförderte Maß hinaus.

Gesundheitspolitik

Unser Gesundheitssystem steht kurz vor dem finanziellen Infarkt. Es kann nur durch mehr Wettbewerb gerettet werden. Die Patienten wollen in der Regel die bestmögliche Versorgung in Anspruch nehmen. Ein Anreiz, diese Nachfrage einzuschränken, entsteht nur durch Zuzahlungen!

Der Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung muss auf eine Grundversorgung reduziert werden, *die nur noch Notfälle umfasst – und auch nur dann, wenn die Behandlungskosten unter dem Preis für ein einfaches Begräbnis liegen.* Jeder kann dann eigenverantwortlich entscheiden, ob er sich gegen weitere Risiken absichern will. Ein solches System würde das Kostenbewusstsein der Versicherten stärken - und sie würden weniger bevormundet.